

KOMMENTAR

Slowakei braucht Bildungsreform

von Radoslav Kováč (kovac@mesa10.sk)

Die Slowakei bietet laut OECD in einem umfassenden Wortsinne ein günstiges Verhältnis zwischen der Qualität der Arbeitskräfte und der Höhe der Löhne. Trotzdem treten immer deutlicher Probleme bei Struktur und Qualität des Bildungswesens zutage. Falls dieser Zustand anhält, könnte er in Zukunft bremsend auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Slowakei und demotivierend für die sog. Wirtschaftsentelligenz wirken.

Der Definition der Weltbank zufolge hängt Letztere von vier Faktoren ab. Einer davon ist der Bildungssektor. Für die Entwicklung der Wirtschaftsentelligenz sind gut ausgebildete Arbeitskräfte notwendig, die sich weiterbilden und ihre Kenntnisse auch anwenden wollen. Diese Voraussetzungen werden vor allem von Leuten mit weiterführender Berufsbildung erfüllt. Hier muss also ausgebaut werden. Darüber im Klaren sind sich auch die slowakische Regierung und das Bildungsministerium, das sich um eine Reform des gegenwärtigen Bildungssystems bemüht. Zugänglichkeit, europäische Qualität, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit lauten hier die wichtigsten Schlagworte.

Bezüglich des Zugangs zu den Hochschulen hat die Slowakei zumindest zahlenmäßig schon Fortschritte gemacht. Zum 30.10. 2003 waren insgesamt 156.263 Studenten immatrikuliert, was gegenüber 1990 einen Zuwachs um 140% bedeutet. Wir sehen in Übereinstimmung mit dem Ministerium das Problem, dass vor allem die Zahl der Gasthörer gestiegen ist. Diese stellten im vergangenen Jahr ungefähr ein Drittel aller Studenten. Das ist mehr als in der Europäischen Union üblich. Sehr häufig geht es um Studenten, die die Universität eigentlich regulär besuchen möchten, dies aber de facto nicht können. Die Qualität ihrer Ausbildung ist daher höchst fragwürdig; zudem müssen sie dafür „halblegale“ Studiengebühren zahlen. Das betrifft die Mehrheit der externen Studenten, die oft den sozial schwächeren Schichten angehören und wegen der momentanen Vorgaben keine Aussicht auf irgendwelche Studienunterstützungen haben.

Damit wird das sozial ungerechte System der Unterstützung von Studenten aus öffentlichen Quellen nur befördert, bei dem den Studenten nichts anderes übrigbleibt, als arbeiten zu gehen (und damit pikantesweise die Kriterien für staatliche Unterstützung eben gerade nicht mehr zu erfüllen Anm. d. Übers.). Damit kommen die öffentlichen Gelder in erster Linie denen zugute, die sie eigentlich gerade nicht brauchen, und zwar entweder direkt in Form von Darlehen oder Stipendien oder indirekt als Wohngeld. Nur ein Beispiel: 10,3 % aller regulär Studierenden bezogen im Vorjahr soziale Unterstützung in einer durchschnittlichen Monatshöhe von 1.663,- Sk. Vergleicht man das mit den durchschnittlichen Ausgaben eines Studenten, die sich zwischen 4.000,- und 5.300,- Sk im Monat bewegen, ist klar, dass die soziale Unterstützung nicht ausreicht – diese kann ein Student bei Geltendmachung eines sozial schwachen Hintergrundes, der entscheidende Wert sind hier 3.700 Sk, erhalten. Damit ist nur den Studenten gedient, deren Familien sich als wirklich materiell bedürftig bezeichnen würden. In anderen Fällen lässt sich nicht viel machen, außer ein Darlehen aus dem Studentischen Darlehensfonds zu beantragen. Das geht aber wiederum nur dann, wenn das Einkommen eines Haushaltsmitglieds unter dem gesetzlich vorgeschriebenen monatlichen Mindestlohn liegt.

2003 wurden Darlehen in Höhe von insgesamt 117,02 Millionen Sk gewährt. Damit können nach Angaben des Bildungsministerium gerade einmal 5 % aller potenziellen Antragsteller zufrieden gestellt werden, was selbstredend unzureichend ist. Diesem Zustand soll über höhere Studiengebühren abgeholfen werden, und zwar je Student mit maximal 30 % mehr als den bisherigen Gebühren, höchstens aber 21 900 Sk. Unseres Erachtens ist das ein richtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, Zugänglichkeit und Chancengleichheit an den Hochschulen. Das Problem ist aber, dass sich dieses Vorhaben nicht umsetzen lässt. Das Gesetz über Darlehen für Studenten scheiterte in der zweiten Lesung. Das Bildungsministerium gibt aber nicht auf und wird den Gesetzesentwurf mit Rückendeckung der Regierung bei der Dezembersitzung des Nationalrates erneut einbringen.

Notwendig ist ein komplexer Umbau des Bildungswesens, nicht nur Eingriffe bei den Studiengebühren und Gesetzesänderungen für Hochschulen. Es geht um die Rationalisierung und Verbesserung der Lehrinhalte, die Unterstützung von Innovation und die Weiterentwicklung der Hochschulen, was zurzeit einfach nicht geschieht.

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Slowakei braucht
Bildungsreform.....1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Übereinkunft mit unabhängigen
Abgeordneten soll Stabilität im Parlament
sichern.....2
Annäherung zwischen der stärksten
oppositionsparteien HZDS und Smer?...2
Spendenaffäre der SDKÚ beim
Staatsanwalt.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

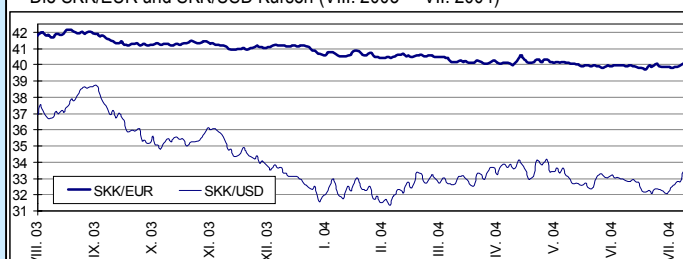
Slowaken verstärken meisten die Reihen
der Europäischen Volkspartei.....2
Österreich avisiert Entgegenkommen bei
der Öffnung des Arbeitsmarktes.....3
Ausschuss für europäische Angelegen-
heiten nimmt nach Verzögerung Arbeit
auf.....3

WIRTSCHAFT

Unternehmen und
Restrukturalisierung.....3
Bruttoinlandsprodukt.....3
Inflation.....3
Arbeitsmarkt.....4
Aussenhandel.....4
Ausländische Investitionen.....4
Auslandsschuld.....4
Währungspolitik.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (VIII. 2003 – VII. 2004)



Quelle: NBS

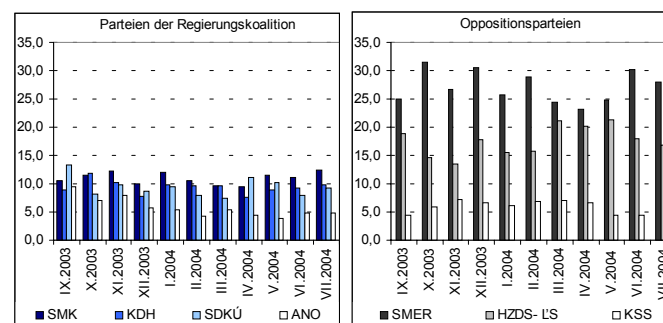
	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	4,9
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,2
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	17,0
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	33,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,5

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Graphik 1: Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für öffentliche Meinung beim Statistikamt der Slowakischen Republik

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Übereinkunft mit unabhängigen Abgeordneten soll Stabilität im Parlament sichern

Die parlamentarische Sommerpause hat sich als hilfreich für die Suche nach Möglichkeiten für eine erneut stabile Regierungskoalition erwiesen. Doch auch die Opposition hat nicht locker gelassen: Sie hat eine Bestandsaufnahme ihrer Kräfte vollzogen und nach Möglichkeiten für einen gemeinsamen Auftritt in der Septembersitzung des Nationalrates gesucht.

Geschriebenes Abkommen mit bisherigen Gegenspielern?

Die stärkste Regierungspartei SDKÚ bot der Gruppe der unabhängigen Abgeordneten den Vorschlag einer Übereinkunft zur Zusammenarbeit an. (Anmerkung: Als Unabhängige definieren wir Abgeordnete, die im Laufe der Wahlperiode ihre Partei verlassen haben. Im slowakischen Parlament gibt es keine Abgeordneten, die als Unabhängige kandidiert hatten.). Mit der Unterschrift der Übereinkunft sollte sich nach dem Verlust der Mehrheit im Parlament die Situation der Regierungskoalition stabilisieren. Dieses Angebot kam nicht unerwartet; der Regierungschef hatte darüber schon im Juni gesprochen, als das aus parteiflüchtigen Abgeordneten bestehende Freie Forum ein entsprechendes Angebot abgelehnt hatte.

Die SDKÚ wandte sich mit ihrem Vorschlag an Unabhängige, die bisher mit den erklärten Werten der SDKÚ nichts gemein hatten, nämlich an Abgeordnete der HZDS und einen Mandatsträger der KSS. Diese sollten im Grundsatz die Reformgesetze und einen stabilen Haushalt unterstützen und nicht für die Abwahl von Regierungsmitgliedern stimmen. Die SDKÚ würde sie im Gegenzug bei Bewerbungen um

Parlaments-, angeblich sogar Regierungsämter unterstützen. Die Reaktion der Unabhängigen ist noch nicht deutlich.

Im Lager der Koalitionspartner wird bezweifelt, ob ein solches Experiment Erfolg hätte; die Koalitionspartner würden weiterhin lieber die Unterstützung der Unabhängigen suchen, die als Kandidaten der Regierungsparteien ins Parlament gelangten. Die Opposition begreift die Versuche der Regierungspartei als bloßen Handel um Stimmen. Derartige Befürchtungen haben momentan durchaus einen rationalen Kern.

Zur Mitte der Legislaturperiode lassen sich Koalitions- bzw. Oppositionskräfte schwer ausmachen

Das Parlament durchlebt ständige Verschiebungen, und es erhöht sich die Undurchsichtigkeit der Verhältnisse in den Reihen der Parlamentarier. Von 150 Abgeordneten haben bis zur Mitte der Wahlperiode schon 22 ihrer Partei den Rücken gekehrt und sich für unabhängig erklärt. Vor den Wahlen im Jahre 2002 gab es im Nationalrat 32 unabhängige Abgeordnete. Dies spricht für eine unbeständige politische Szene und eine nur geringe Geschlossenheit der politischen Subjekte. Daher ist wieder die Diskussion um das imperative Mandat aufgebrochen; wir setzen aber voraus, dass das Problem der unabhängigen Abgeordneten ein Aufruf zur Erhöhung der Qualität der Arbeit innerhalb der Parteien ist.

Präsident Ivan Gašparovič – er steht ideologisch der Opposition näher – äußerte in diesem Zusammenhang, dass dieses Parlament schlechter zusammengesetzt sei als alle bisherigen. Denn über die Annahme von Gesetzen entscheide eine Gruppe wankelmütiger Abgeordneter aus den Reihen der Unabhängigen.

Bemerkenswert ist freilich, wie der Präsident die Stabilität der Regierung wahrnimmt: Nach den Verhandlungen mit den Parteivorsitzenden hatte er angeblich den Eindruck, dass es momentan in der Slowakei keine relevante politische Kraft gebe, die die Machtverhältnisse im Parlament ändern könne. Mit anderen Worten: Die Regierung werde bis zum Ende der Legislaturperiode durchhalten. Der Präsident geht davon aus, dass die Verabschiedung der Gesetze so

gut wie sicher ist und die Regierung de facto weiter handlungsfähig bleibt. Das wiederum trifft auf Unverständnis bei der Smer-Partei, die ihn im Wahlkampf unterstützt hatte und radikalere Auffassungen vertritt.

Bei Herbstsitzung wird das Parlament mit großer Wahrscheinlichkeit in folgender Zusammensetzung tagen: 68 Koalitionsabgeordnete, 60 Oppositionsabgeordnete und 22 Unabhängige. Weder die Koalition noch die Opposition verfügen über die notwendige Mehrheit von 76 Stimmen. Das Lager der Unabhängigen wiederum ist gespalten. Die Verabschiedung von Reformgesetzen dürfte daher mit Spannungen verbunden sein. (Im September soll über Schlüsselreformen im Gesundheitswesen entschieden werden).

Annäherung zwischen der stärksten Oppositionsparteien HZDS und Smer?

Im Juli gab es Zeichen für eine Annäherung zwischen den beiden stärksten Oppositionsparteien HZDS und Smer. Bisher waren die Beziehungen zueinander vor allem kompliziert, insbesondere nach den Präsidentenwahlen im Mai. Die HZDS billigte nicht, dass Smer Ivan Gašparovič unterstützt hatte, der über den HZDS-Vorsitzenden Vladimír Mečiar gesiegt hatte.

Trotz gegenseitiger Attacken der Vorsitzenden von HZDS und Smer in der Vergangenheit empfiehlt Smer-Chef Róbert Fico einen Waffenstillstand. Stattdessen sollten die „Kanonen auf die Regierung von Mikuláš Dzurinda gerichtet“ werden. Die Opposition will es der Regierungskoalition bei der Herbstsitzung schwer machen; bisher hat sie diese Drohungen aber noch nicht durch Argumente untermauern können.

Spendenaffäre der SDKÚ beim Staatsanwalt

Die Polizeibehörden sind zu der Überzeugung gelangt, dass es bei der Spendenaffäre der SDKÚ um Straftaten geht. Die entsprechende Akte über fiktive Parteispender wurde bei der Staatsanwaltschaft eingelangt, es geht um den Straftatbestand der Bilanzfälschung. Anzeige hatte die NRO Allianz für Fair-play erstattet, der mehrere vermeintliche Spender bestätigt hatten, dass sie der SDKÚ kein Geld hätten zukommen lassen. Zur Erinnerung: Der Präsidentschaftskandidat der SDKÚ Eduard Kukan wurde wahrscheinlich wegen dieser Affäre nicht ins höchste Staatsamt gewählt.

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Mandatssitze zur Hälfte der Wahlperiode

Koalition	Opposition
SDKÚ 22	HZDS 26
SMK 20	SMER 25
KDH 15	KSS 9
ANO 11	
Zusammen 68	Zusammen 60
Unabhängige 22	
Zusammen 150	

Quelle: M.E.S.A.10

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Slowaken verstärken meisten die Reihen der Europäischen Volkspartei

14 slowakische Abgeordnete haben sich auf die Fraktionen und Ausschüsse im Europäischen Parlament verteilt. Acht von ihnen (durch die SDKÚ, KDH und SMK nominierte Abgeordnete) verstärken die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EPP), drei von Smer nominierte Mandatsträger gehören nunmehr zur sozialistischen Fraktion. Die drei Abgeordneten der HZDS-LS sind bisher unabhängig. Die HZDS hat ihre Bemühungen um eine Aufnahme in die EPP noch nicht aufgegeben. Dazu benötigt sie freilich auch die Zustimmung der slowakischen EPP-Mitglieder. Zumindest KDH und SMK sind offensichtlich gegen die Aufnahme der HZDS in die EPP, und zwar aus der Überzeugung heraus, dass sich trotz der formalen Umwandlung der HZDS zur Volkspartei im Jahre 2000 weder die Partei noch ihr Präsident Vladimír Mečiar grundsätzlich geändert haben und die HZDS des Weiteren ein politisches Gebilde mit autoritären Zügen ist. Die SDKÚ wiederum äußert sich nicht direkt. Die HZDS hat bisher bei der EPP noch nicht einmal Beobachterstatus.

Anna Záborská wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für die Rechte der Frauen und Gleichberechtigung gewählt. Ihre Wahl löste aber den ersten Eklat im neuen Europaparlament aus. An der geheimen Abstimmung nahmen die Sozialisten, die größte Fraktion in diesem Ausschuss, nicht teil aus Protest gegen Záborskás entschieden konservative Haltung. Sie wurde daher nur von Mitgliedern der eigenen Volkspartei mit möglicher Unterstützung durch Nationalisten gewählt.

Tabelle 2: Verteilung der slowakischen Abgeordneten in Ausschüssen und Fraktionen im Europäischen Parlament

Politische Partei	Abgeordnete	Anschluss im Europäischen Parlament	Fraktion im EP*
SDKÚ	Peter Šťastný	Internationaler Handel, Stellv. Vorsitzender	Volkspartei
	Milan Gaľa	Entwicklung	Volkspartei
	Zita Plešinská	Binnenmarkt und Verbraucherschutz	Volkspartei
SMK	Árpád Duka-Zólyomi	Unterausschuss Menschenrechte	Volkspartei
	Edit Bauer	Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	Volkspartei
	Anna Záborská	Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, Vorsitzende	Volkspartei
KDH	Miroslav Mikolášik	Regionale Entwicklung	Volkspartei
	Ján Hudacký	Industrie, Forschung und Energie	Volkspartei
	Monika Beňová	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	Sozialdemokraten
SMER	Vladimír Maňka	Haushalt	Sozialdemokraten
	Miloš Koterec	Regionale Entwicklung	Sozialdemokraten
HZDS	Sergej Kozlík	Haushalt	Fraktionslos
	Irena Belohorská	Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	Fraktionslos
	Peter Baco	Landwirtschaft	Fraktionslos

* Volkspartei = Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten

Sozialdemokraten = Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament

Quelle: M.E.S.A.10; www.europa.eu.int

Österreich avisiert Entgegenkommen bei der Öffnung des Arbeitsmarktes

Österreich gehört zu den Ländern, die gegenüber der Slowakei die härteste Gangart bei der Beschränkung der freien Bewegung der Arbeitskräfte an den Tag legen. Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer signalisierte aber bei seinem Staatsbesuch im Juli, dass sich die Dinge ändern könnten. Beim Treffen mit dem slowakischen Präsidenten Ivan Gašparovič in Bratislava versprach er, dass, wenn es keine ernsthaften Probleme gebe, Österreich die

Übergangsfrist von sieben Jahren auf 24 Monaten verkürzen werde. Ausserdem versprach Heinz Fischer, dass die Autobahn-Lücke zwischen Bratislava und Wien bis 2007 geschlossen wird.

Ausschuss für europäische Angelegenheiten nimmt nach Verzögerung Arbeit auf

Nach langem Abwarten hat der Nationalrat den Ausschuss für europäische Angelegenheiten mit Leben erfüllt. Ausschussvorsitzender wurde der Abgeordnete

der oppositionellen HZDS Tibor Mikuš. Das Parlament will die elf Mitglieder des Gremiums gemäß den Machtverhältnissen nach den Wahlen im Jahre 2002 bei einer außerordentlichen Sitzung im August wählen, bei der auch die potenziellen Nachrücker für die momentanen Europaabgeordneten bestätigt werden sollen. Um die fachliche Arbeit kümmern sich ein Sekretär und acht weitere Parlamentsangestellte. Im September soll im Nationalrat eine neue Geschäftsordnung für den Ausschuss beschlossen werden.

WIRTSCHAFT**Unternehmen und Restrukturalisierung****Vier Interessenten für Slovenské elektrárne in der Endrunde**

Der vom Wochenmagazin Trend ausgearbeiteten vorläufigen Liste Top 200 zufolge hat das Volkswagen Slovakia im Vorjahr seinen Vorsprung vor dem Rest des Feldes ausgebaut. Die Erlöse von Volkswagen sind mit 183,2 Mrd. SKK fast doppelt so hoch wie die der Nummer Zwei Slovenský plynárenský priemysel (SPP, Gasgesellschaft) mit 72,4 Mrd. SKK. Volkswagen hat seine Erlöse zwischenzeitlich um 67,6% steigern können. Es ist bemerkenswert, dass sich Volkswagen bezüglich der Wertschöpfung mit 18,2 Mrd. SKK nur auf dem vierten Platz wiederfindet. Denn das Unternehmen hat nur einen Anteil 9,9% an der nationalen Wertschöpfung. Vier der fünf größten Unternehmen des Landes (Volkswagen, SPP, U.S. Steel Košice und Slovenské elektrárne, Kraftwerk) verbuchen ein Plus von 30 % und mehr bei der Wertschöpfung..

Bemerkenswert ist der Rekordgewinn der SPP von 20,4 Mrd. SKK nach Steuern; das ist mehr als das Doppelte des Gewinns aus 2002. Die Ertragsrendite beläuft sich sogar auf 28,3%, das ist der zweitbeste Wert unter den herausragenden slowakischen Unternehmen. Am besten schlug sich hier das kleine Wasserwirtschafts- und Bauunternehmen Vodohospodárska výstavba, š. p., aus Bratislava, mit einem Wert von 53,4%. Der Fond für das Nationalvermögen der Slowakischen Republik (FNM) hat vier Angebote für den endgültigen Verkauf der Aktien der Slowakischen Elektrizitätswerke (SE) erhalten. Diese stammen von der österreichischen Verbund AG, der russischen RAO UES, der italienischen Enel und der tschechischen ČEZ.

Zum Verkauf steht ein Paket von 66 % der SE-Aktien. Bisher ist noch geheim, inwieweit welche Faktoren für die Auswahl des Investors ausschlaggebend sind. Damit wird öffentlich nicht bekannt sein, auf Grund welcher Kriterien jemand als Gewinner aus der Ausschreibung hervorgeht.

Die erwähnten vier Offerten sind das Ergebnis mehrjähriger Bemühungen der Regierung um einen Verkauf der SE. Bei allen vier Interessenten ist der Staat Mehrheitsaktionär.

ČEZ und RAO UES haben Erfahrungen auch mit dem Betrieb von Kernkraftwerken, beide Unternehmen haben auch Interesse am Kernkraftwerk Mochovce signalisiert. Verbund und Enel haben diesbezüglich keine einschlägigen Erfahrungen, es ist fraglich (bisher ist dies zumindest nicht bekannt), ob sie auch an einem Atomkraftwerk interessiert wären. Wirtschaftsminister Pavol Rusko hat schon vor längerem deutlich gemacht, dass diejenigen Vorzug genießen, die Kraftwerke im Gesamtpaket, im Klartext also: in Verbindung mit Atomenergie, erwerben wollten.

Die Angebote wird die Unternehmensberatung PriceWaterhouse Coopers prüfen, die offenbar noch im Verlauf des Augusts ihre Empfehlung bei der Auswahlkommission einreichen wird. Insofern auch die Regierung dem Ergebnis der Kommission zustimmt, ist eine Vertragsunterzeichnung im Oktober wahrscheinlich.

Bierbrauer machen Finanzminister für Verkaufseinbrüche verantwortlich

Die slowakischen Bierbrauer haben im ersten Halbjahr diesen Jahres so wenig Bier verkauft wie zuletzt vor einem Jahrzehnt, nämlich 1,971 Millionen Hektoliter. Das bedeutet erhebliche finanzielle Einbußen.

Die Brauer machen dafür das Finanzministerium verantwortlich. Seit sich im August 2003 die Verbrauchsteuer auf Bier um 66% erhöhte, ist der Bierabsatz empfindlich zurückgegangen. Wir erinnern daran, dass die Erhöhung der Verbrauchsteuern eine jähe und nicht systemimmanente Maßnahme zum Ausgleich der unzureichenden Einnahmen aus der Einkommensteuer sein sollte. Im Nachhinein wurde dies aber interpretiert als vorgezogener Teil der zum 1. Januar in Kraft getretenen Steuerreform.

Für die ersten fünf Monate machen die Bierbrauer einen durchschnittlichen Verbrauchsrückgang von 15 % geltend. Dies lasse sich nicht nur den Vergleich zum Vorjahr kälteren Temperaturen zuschreiben. Wegen der hohen Steuern hätten sich die Probleme der Branche im übrigen noch verschärft. Im ersten Quartal 2004 hatten die Bierbrauer einen Verlust von 192 Millionen Sk zu verbuchen.

Der Vorstand von Heineken Slovensko kritisierte, dass der slowakische Verbrauchsteuersatz auf Bier um 63 % über dem Wert der entsprechenden EU-Richtlinie liege. Nach Abzug der indirekten Steuern und der Handelsmarge bleibe den Brauereien für Kostendeckung und Wertschöpfung weniger als die Hälfte des Verkaufspreises.

Die Brauer üben nun Druck auf das Finanzministerium mit dem Ziel einer niedrigeren Verbrauchssteuer aus. Das Ministerium lehnt jedoch einen Eingriff in die Steuerreform ab und sieht noch Reserven bei der Absatzpolitik der Verkäufer.

Bruttoinlandsprodukt**Belebung des Verbrauchs begleitet von extrem niedrigen Ersparnissen**

Der Zuwachs beim Verbrauch der Haushalte war erneut deutlicher als der Anstieg der verfügbaren Einkommen. Das ist nicht überraschend, denn dies ist schon seit vier Jahren so. Die Sparneigung (Anteil der Ersparnissen an verfügbaren Einkommen) geht deutlich zurück, dies ermöglicht einen höheren Anstieg des Verbrauchs. Die Sparneigung zeigt in den einzelnen Quartalen erhebliche Abweichungen; daher muss das Ergebnis des ersten Vierteljahres 2004 mit den Werten der ersten Quartale der Vorjahre einzeln verglichen werden. Bei einem derartigen Vergleich ergibt sich, dass die Sparneigung

im ersten Quartal 2004 mit 3,7% deutlich niedriger ist als in den Vergleichsperioden. Die Sparneigung ist in den ersten Vierteljahren zwischen 2000 und 2004 auf fast ein Drittel des Ausgangsniveaus zurückgegangen, in relativen Zahlen von 10,5% auf 3,7%.

Ein Rückgang ist aber nicht nur bei der Sparneigung, sondern auch bei den Ersparnissen selbst zu beobachten. Im ersten Quartal 2004 wurden in den Haushalten insgesamt lediglich 6,662 Millionen Sk auf die hohe Kante gelegt; das sind fast 20% weniger als im Vorjahresvergleichszeitraum. Der nominal der Ersparnisse in I.Q. 2004 ist ähnlich wie im I.Q. 1997.

Seither haben die Preise aber um fast 67 % angezogen (und um soviel sind die Ersparnisse folglich real gesunken).

Der Rückgang des Sparwillens bedeutet automatisch einen Anstieg der Konsumneigung, womit sich der Vorsprung des Zuwachses beim Konsum vor dem bei den Einkommen erklären lässt. Zwischen dem ersten Quartal 2001 und dem ersten Vierteljahr 2004 stieg das verfügbare Einkommen der Haushalte im Schnitt um 7,4%, der Verbrauch legte in derselben Zeit um 8,9% zu war..

Inflation**Entwicklung der Produzentenpreise gespalten: Anstieg im Inland, Rückgang beim Export**

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Juni - bei einem Anstieg der regulären Preise um 0,1% und einem Anstieg der zur Kerninflation zählenden Warenpreise um 0,3% - um 0,2% im zwischenmonatlichen Vergleich. Gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum betrug die Gesamtinflation 8,1% und die Kerninflation 2,3%. Im Durchschnitt von sechs Monaten erhöhten sich die Verbraucherpreise um 8,2 %. Die Preise für

Handelswaren stagnierten im zwischenmonatlichen Vergleich, dies bei einem mäßigen Anstieg der Preise für Treibstoffe und einem mäßigen Rückgang der Preise für die übrigen Handelswaren.

Die Entwicklung der Produzentenpreise war auffällig gespalten je nach Bestimmungsort der Produkte. Während die Preise der für den inländischen Markt bestimmten Produkte stiegen - im Durchschnitt der ersten fünf Monaten um 2,8% -, fielen die Preise der zu

exportierenden Waren im bisherigen Verlauf diesen Jahres eher, und zwar in den ersten fünf Monaten um 2,7%. Der entscheidende Erklärungsfaktor ist die Entwicklung der Wechselkurse: Die Aufwertung der inländischen Währung verursacht einen Rückgang der Preise für Exportwaren (in Sk gerechnet). Das Ergebnis ist eine Stagnation des Gesamtindex der Produzentenpreise (plus 0,2% in den ersten fünf Monaten).

Arbeitsmarkt

Bereinigung der Arbeitslosenstatistik um Nicht-mitarbeitende macht sich stärker bemerkbar

Die Arbeitslosigkeit ging im Juni nach der Anzahl der registrierten Arbeitslosen auf 13,9% zurück, das sind 0,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahresvergleichszeitraum. Die Arbeitslosigkeit bewegte sich in einem Intervall zwischen 2,5% (Bratislava IV) und 29,03% (Bezirk Rimavská Sobota), was fast die gleiche Spannweite wie im Juni 2003 ist (2,55 % bis 29,69%).

Schrittweise, wenngleich nur mäßig, verkürzt sich die durchschnittliche Periode, während der ein Arbeitsloser im Register geführt wird. Im Juni 2004 betrug diese Zeitspanne 12,47 Monate, d.h. dass die Registrationszeit binnen zwei Jahren um ungefähr 2,4 Monate verkürzt werden konnte.

Ein näherer Blick auf die von den Ämtern für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familien zur Verfügung gestellten Statistiken der vergangenen zwei Monate zeigt, dass es zwar nicht gelungen ist, mehr Arbeitslose unterzubringen, d.h. zu beschäftigen, als im Vorjahresvergleichszeitraum – es ist eher das Gegenteil der Fall: im Mai und Juni 2004 brachte man 50.600 Personen unter, im Vorjahr waren es 62.900 -, aber es

fielen mehr Menschen aus der Statistik, weil sie mit dem Arbeitsamt nicht mitgearbeitet haben (im Mai und Juni waren das 18.882 Personen gegenüber 12.406 Menschen im Vorjahresvergleichszeitraum) oder aus so genannten „anderen“ Gründen. Die massive Bereinigung der Arbeitslosenstatistik um Nicht-mitarbeitende läuft schon seit dem Vorjahr. Es ist ein wenig überraschend, wenn es den Arbeitsämtern in diesem Jahr gelingt, wegen Nicht-mitarbeit mehr Menschen aus der Statistik herausfallen zu lassen als 2003. Wir stellen nicht die Notwendigkeit einer strengen Beurteilung dessen in Frage, ob jemand weiterhin im Arbeitslosenregister geführt wird oder nicht; wir machen nur darauf aufmerksam, dass der anhaltende Rückgang der offiziellen Arbeitslosigkeit noch keine klare Wende in der Entwicklung des Arbeitsmarktes oder gar einen Beschäftigungsboom bedeutet.

Negativ mutet an, dass bei den Beschäftigungszahlen in ausgewählten Branchen zufolge, nach denen sich monatlich die Zahl der Beschäftigten richtet, wie schon

im ersten Quartal eher mit einer Stagnation auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sein wird als mit einem Beschäftigungszuwachs. Die Beschäftigtenzahl in der Industrie sank in den ersten fünf Monaten um 1,2 %. Eine Branche, wo es nach den vorläufigen Zahlen einen Übergang vom Rückgang zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahl gibt, ist der Einzelhandel, dies offenbar auch im Zusammenhang mit der Wendung zum Positiven bei der Entwicklung der Erlöse. Ein Anstieg der Zahl der Beschäftigten war im bisherigen Verlauf des Jahres nur im Bauwesen, im Einzelhandel inklusive Fahrzeugverkauf und bei der Vermietung und Immobilienhandel festzustellen.

Der relativ starke Zuwachs bei den wirtschaftlichen Indices (BIP, Firmenzahl oder Industrieproduktion) ist in diesem Zeitraum eher mit der Zunahme der Produktivität verbunden und nicht mit der Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte. Beispielsweise stieg die aus dem BIP abzuleitende reale Produktivität im ersten Quartal um 5,5%.

Aussenhandel

Außenhandel im Mai mit Defizit

Den vorläufigen Angaben des Statistikamtes vom 15. Juni zufolge verbuchte die Slowakei im Mai beim Außenhandel ein Defizit von 2,1 Milliarden Sk, dies bei einem Export im Wert von 79,8 Milliarden Sk und einem Import in Höhe von 81,9 Milliarden Sk. Wir bemerken hierzu, dass Analysten mit dem Begriff Außenhandel weiterhin den gesamten Warenstrom zwischen der Slowakei und dem Ausland bezeichnen, dies trotz

des EU-Beitritts, wodurch der Handel mit den übrigen Mitgliedsstaaten de jure zum Binnenhandel wurde. Ein Problem stellt aber die Zugänglichkeit von Statistiken zum Warenaustausch mit den übrigen EU-Staaten dar, die nicht mehr als Zollstatistiken, sondern als monatliche Unternehmensnachweise geführt werden (INTRASTAT). Informationen über die restlichen Wirtschaftsgüter und territorialen Gegebenheiten

werden laut Statistikamt mit etwa 2,5-monatiger Verzögerung veröffentlicht.

Obwohl die Höhe des Defizits geringfügig höher war, als es an den Finanzmärkten erwartet worden war, wurde durch die Veröffentlichung der Zahlen praktisch keine Bewegung in den Markt gebracht.

Ausländische Investitionen

Slovnaft zog wieder Auslandsinvestition an

Die Bilanz der Ausländischen Direktinvestitionen war laut Nationalbank für das erste Quartal unterm Strich wieder positiv mit einem Saldo von 13,7 Milliarden Sk. Der selbstständige Zustrom von Auslandsinvestitionen belief sich auf 12 Milliarden Sk (umgerechnet 368 Millionen US-Dollar), was in etwa dem Vorjahresvergleichswert entspricht. Wie schon im Vorjahr stand sich Slovnaft (Brennstoffproduzent) am besten, wo im Zuge eines Takeover bid über 8 Milliarden Sk das ungarische Unternehmen MOL im Januar seinen Anteil von 70 auf 98,4 % erhöhte.

Mit dem vermehrten Zustrom von Auslandsinvestoren sollte die gesamte Investitionssumme am Ende des Jahres bei umgerechnet etwa 1,2 Milliarden Dollar und Ende 2005 sogar bei umgerechnet 1,8 bis 2 Milliarden Dollar liegen. Sollten die Slovenské elektrárne (Kraftwerke) wie von uns erwartet erst im kommenden Jahr verkauft werden, rechnen wir für 2005 mit

einer zwischen umgerechnet 400 bis 600 Millionen Dollar höheren Gesamtinvestitionssumme.

Laut Consensus Economics, wonach sich die Auslandsinvestitionen für 2004 bereinigt auf umgerechnet 1,5 Milliarden Dollar belaufen werden, sollten es im kommenden Jahr umgerechnet 2 Milliarden Dollar sein.

Privatisierungen durch Veröffentlichung der Verträge berührt

Im Laufe des Juli erhielt der Streit um die Veröffentlichung von Verträgen mit Investoren neue Dynamik. Zunächst war die Herausnahme des Vertrags mit den Automobilkonzernen Hyundai/Kia und PSA Peugeot Citroen aus dem Internet interessant. Die Regierung entschied sich dazu am 14. Juli, weil vor allem die Koreaner einer Veröffentlichung des

Vertrages widersprochen hätten. Wirtschaftsminister Pavol Rusko warnte sogar vor einer Bedrohung für die von Kia beabsichtigten Investitionen. Ein Problem, das die Koreaner ihm zufolge immer stärker wahrnehmen, ist die anhaltende Auseinandersetzung des Staates mit den Eigentümern des Grundes, auf dem Kia künftig produzieren soll; sie sind nicht bereit, das Grundstück zu einem Preis von 149 Sk/m² zu verkaufen. Dadurch ist momentan etwa ein Viertel der für Kia vorgesehenen Gesamtfläche von 196 Hektar blockiert.

Die Diskussion um die Geheimhaltung der Investorenverträge erweiterte sich im Juli auch um Fragen zu vorangegangenen Privatisierungen. In den kommenden Monaten werden weitere Verträge veröffentlicht mit Ausnahme der von den Investoren als Geschäftsgeheimnis eingestuft Teile. Die Veröffentlichung betrifft die Privatisierung von Telekommunikation, Finanzinstituten und Energieunternehmen.

Auslandsschuld

Die Verschärfung der Schwäche des US-Dollars gegenüber dem Euro äußerte sich im April nach Angaben der Slowakischen Nationalbank in einem Rückgang des Dollarwertes der slowakischen Auslandsschulden im Vergleich zum März um 2,5% auf 16,98 Milliarden Dollar. In Euro blieb der Wert mit 14,36 Milliarden annähernd gleich. Der Betrag ergibt sich aus dem Rückgang der langfristigen Schulden des

Unternehmenssektors und dem Anstieg seiner kurzfristigen Passiva wie auch der langfristigen Verbindlichkeiten des öffentlichen Sektors. Seit Beginn des Jahres haben sich die Auslandsverbindlichkeiten der Slowakischen Republik um 300 Millionen Euro vermindert.

Dank eines deutlichen Zuwachses bei den Auslandsaktiva um 480 Millionen Euro seit Beginn des Jahres hat sich die Auslandsverschuldung erneut zufriedenstellend entwickelt; die Slowakei wurden Ende April vom Ausland 1,34 Milliarden Euro geschuldet.

Währungspolitik

Zentralbank kämpft uneerbittlich gegen Aufwertung der Krone

Die Slowakische Nationalbank (NBS) hat noch im Juni in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Teilnehmer des Finanzmarktes schon zum dritten Mal in diesem Jahr die Leitzinssätze gesenkt, und zwar auf 4,5 % für Zweijahrestender, auf 3 % für Tagesgeld und auf 6 % für Wechselgeschäfte. Einer der Gründe für diese Entscheidung der NBS war die allzu schnelle Aufwertung der slowakischen Krone seit Jahresbeginn. Nationalbanksgouverneur Marián

Jusko sagte, dass die NBS einer Aufwertung der Krone und damit einer Blockade der slowakischen Wirtschaft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten entgegenwirken und spekulatives Kapital vom Devisenmarkt verdrängen wolle. Der Devisenmarkt reagierte jedoch völlig anders als erwartet, und die NBS musste die Krone im Juli durch drei Direktinterventionen in Höhe von umgerechnet insgesamt 500 Millionen Euro stützen. Erst Ende des Monats gelang es ihr, die einheimische Währung zu stabilisieren.

Die NBS beließ die Leitzinssätze in den vorletzten Juli-Tagen auf unverändertem Niveau. Sie äußerte ihre Unzufriedenheit darüber, wie der Geldmarkt auf die Zinssenkungen seit Jahresbeginn reagiert habe; wie diese zustande gekommen seien, werde kaum berücksichtigt. Zufrieden zeigte sich die NBS hingegen mit der Inflationsrate, die sich in Übereinstimmung mit den von ihr geschaffenen Voraussetzungen entwickelt habe..